

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 36/39  
Telex: 08 86 846-48 ppbn d



## Inhalt

Hans Matthöfer MdB, Bundesfinanzminister, über die wirtschafts- und finanzpolitischen Aussichten des Jahres 1979.

Seite 1-3

Dr. Uwe Holtz MdB, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, weist zu Beginn des Internationalen Jahres des Kindes auf die Lage der Kinder in der Dritten Welt hin.

Seite 4/5

Die Mobilität der Studenten in der Europäischen Gemeinschaft soll durch Stipendien gefördert werden.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

34. Jahrgang / 1

2. Januar 1979

Handlungsfähigkeit des Bundes nicht in Frage stellen

-----  
Neuverteilung der Umsatzsteuer von hoher staatspolitischer Bedeutung

Von Hans Matthöfer MdB  
Bundesminister der Finanzen

Die wirtschaftlichen Aussichten für das kommende Jahr können positiver eingeschätzt werden, als viele dies noch vor kurzem für möglich gehalten hätten. Das heißt allerdings nicht, daß wir es mit einem stürmischen oder sich schon selbst tragenden Aufschwung zu tun hätten, der eine Rücknahme staatlicher Konjunkturstützung erlauben würde. Die nur allmähliche Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt zeigt, daß konjunkturstützende und wachstumsfördernde Impulse noch notwendig sind und auf absehbare Zeit bleiben werden. Auch der längerfristig erforderliche Prozeß der Haushaltskonsolidierung darf das notwendige Erstarken der wirtschaftlichen Auftriebskräfte nicht beeinträchtigen.

An diesen Erfordernissen wird sich auch 1979 die Finanzpolitik der Bundesregierung orientieren. Zu Beginn des Jahres 1979 werden wichtige Teile der beschlossenen steuerlichen Erleichterungen in Kraft treten. Insbesondere bei der Einkommensteuer bringt die Erhöhung des Grundfreibetrages und Beseitigung des Tarifsprungs Entlastungen für die meisten Steuerzahler. Die Erhöhung des Kindergeldes führt bei vielen Bürgern zu weiteren Verbesserungen. Der Bundeshaushalt 1979 ist mit einer überproportionalen Steigerungsrate der Ausgaben, einer weiterhin hohen Kreditaufnahme und der Umstrukturierung der Ausgaben in Richtung auf eine Verstärkung der investiven und wachstumsfördernden Komponenten deutlich expansiv ausgerichtet.

Unsere haushalts- und steuerpolitischen Maßnahmen gewinnen zusätzliche Bedeutung dadurch, daß es sich um die Erfüllung der auf dem Bonner Weltwirtschaftsgipfel getroffenen Vereinbarungen und Zusagen handelt. Gleichgerichtete Zielsetzungen

bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Inflation in wichtigen Partnerländern vor-  
leihen nationalen Maßnahmen eine neue Dimension und insgesamt verbesserte Erfolgchancen.  
Der überwiegend positive Abschluß der Verhandlungen um das Europäische Währungssystem  
setzt ein Zeichen für Fortschritte der europäischen Integration, die Schaffung einer  
kursberuhigten Zone für den größten Teil unseres Außenhandels trägt dazu bei, die Ge-  
fahren möglicher Störungen des Wachstumsprozesses weiter zu verringern.

Auf längere Sicht muß eine Verstärkung wachstumsfördernder Impulse eingeleitet werden.  
Verstärkte Anstrengungen zur Minderung der strukturellen Wachstumshemmnisse unserer  
Wirtschaft sind notwendig. Dazu gehört in erster Linie die Stärkung der Innovationskräf-  
te. Der erhebliche Anstieg der Ausgaben für Forschung, Entwicklung und innovative In-  
vestitionen innerhalb des Haushaltsrahmens 1979 ebenso wie die verschiedenen Maßnahmen  
zur Förderung der Forschung und Entwicklung vor allem im mittelständischen Bereich sind  
Signale dafür, daß die Finanzpolitik der Bundesregierung dieser Aufgabe nicht ausweicht,  
sondern sie tatkräftig anpackt.

Viel wird auch davon abhängen, ob und wie es uns gelingt, strukturelle Probleme zu be-  
wältigen, die sich aus der regionalen Konzentration bestimmter Wirtschaftszweige er-  
geben. Wir haben Konzepte entwickelt und erhebliche Mittel eingesetzt, um die lang-  
fristigen Entwicklungschancen der Kohle zu sichern, auf die wir als wichtigen heimischen  
Energieträger und Rohstoff auf lange Sicht angewiesen sind. Wir müssen große Anstrengun-  
gen unternehmen, um zu verhindern, daß im norddeutschen Küstenbereich durch die Struk-  
turkrise der Werften Entwicklungsmöglichkeiten und Wachstumschancen verlorengehen, die  
diese Region braucht, um auch in Zukunft ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten be-  
reitstellen zu können.

Zukunftsorientierte Aufgaben bringen auch Anforderungen an die öffentlichen Haushalte  
mit sich. Wir können auf lange Sicht nicht in dem derzeit konjunkturpolitisch erfor-  
derlichen Umfang die Kreditaufnahme als Finanzierungsquelle heranziehen. Auch in Zu-  
kunft muß daher dem Staat ein angemessenes Steueraufkommen zur Verfügung stehen. Mög-  
lichkeiten, die Steuerquote unter das in den vergangenen Jahren gehaltene Niveau herun-  
terzudrücken, sehe ich nicht.

Eine Hauptaufgabe der Steuerpolitik der kommenden Jahre muß es aber sein, dort Er-  
leichterungen und Entlastungen des Steuerzahlers zu erreichen, wo sie mit einer Vereinfachung und besseren Übersichtlichkeit des Steuersystems verbunden sind. Die steuer-  
politischen Beschlüsse des Jahres 1978 sehen die Abschaffung der Lohnsummensteuer vor.  
Derzeit diskutieren wir Möglichkeiten einer Vereinfachung der Kraftfahrzeugsteuer  
und ihren Einbau in die Mineralölsteuer. Bei der Einkommensteuer hat die Vielzahl der  
steuerlichen Einzelvorschriften und Berücksichtigungsmöglichkeiten zu einer Situation  
geführt, in der wir uns fragen müssen, ob weitere Differenzierungen noch im Interesse  
steuerlicher Gerechtigkeit liegen können. Ein Beispiel für ein Übermaß an Ausnahme-  
und Sondertatbeständen ist die Grunderwerbsteuer. Hier führt bei über 80 Prozent der  
Steuerfälle die Inanspruchnahme von "Ausnahmeregelungen" zur Steuerfreiheit. Auch Be-  
gabungssteuern tragen, trotz der geringen Zahl der unmittelbar Betroffenen, zur Unübersichtlichkeit unseres Steuersystems bei.

Konkrete Vereinfachungsschritte bedürfen einer gründlichen vorbereiteten politischen  
Diskussion. Nichts darf überstürzt werden. Korrekturen im Steuersystem bedeuten zu-  
meist auch eine relative Verlagerung von Steuerlasten. Auch eindeutige Vereinfachungen  
steuerpolitischer Vorschriften sind meist mit Eingriffen in Besitzstände verbunden und  
werfen schwierige Ausgleichsfragen auf. Von populären Rufen nach schnellen Maßnahmen

dürfen wir uns deshalb nicht in einem für die Sache gefährlichen Zeitdruck treiben lassen.

Die wirtschaftliche und finanzpolitische Handlungsfähigkeit des Staates darf auch in der Zukunft nicht in Frage gestellt werden. Ich sehe es als eine Tatsache von weittragender politischer Bedeutung an, daß die Länder versuchen, nicht zuletzt auch mit Hilfe ihrer Vetoposition im Bundesrat, den Bund zu immer mehr finanziellen Zugeständnissen zu zwingen. Die Finanzausstattung des Bundes entspricht schon heute nicht mehr dem Umfang und der Bedeutung der Aufgaben, die er im gesamtstaatlichen Interesse zu erfüllen hat.

Der Anteil des Bundes am Steueraufkommen ist in den letzten Jahren zurückgegangen. Gleichwohl mußte der Bund verstärkt seiner Führungsrolle auf dem Gebiet der Konjunktur- und Beschäftigungspolitik nachkommen. Der Bund hat daher zunehmende Anteile der gesamtwirtschaftlich notwendigen Verschuldung auf sich nehmen müssen.

Während der Bund also im gesamtstaatlichen Interesse eine erhebliche Nettoneuverschuldung in Kauf nehmen mußte, haben umgekehrt Länder und Gemeinden sogar ihre Verschuldung deutlich konsolidiert. Gleichzeitig wird vom Bund ein nachhaltiger Beitrag zur Lösung unserer gesamtstaatlichen Probleme erwartet. Die Ausgaben, die mit internationalen Verpflichtungen zusammenhängen, Entwicklungshilfe, Europa, Finanzierungsaufgaben im Bereich der Sozialversicherung und der Bundesanstalt für Arbeit, Konjunktur- und Wachstumspolitik, haben sich vor allem beim Bund in hohen Ausgabebelastungen niederschlagen. Auch regional konzentrierte Strukturkrisen, für die sich nach unserer Verfassung vor allem die Länder zuständig fühlen sollen, führen sofort zum Ruf nach massiver Hilfe aus Bonn.

Für die Erfüllung der gesamtstaatlichen Aufgaben ist aber ein ausreichender finanzpolitischer Spielraum erforderlich. Dieser Spielraum kann nur dann zur Verfügung stehen, wenn wir zu einer aufgabengerechten Steuerverteilung im Bundesstaat kommen, wenn die finanziellen Handlungsmöglichkeiten nicht durch die Vorweginanspruchnahme der verfügbaren Finanzmittel durch die bundesstaatliche Steuerverteilung unangemessen eingeschränkt werden. Die anstehenden Verhandlungen über die Neuverteilung des Umsatzsteueraufkommens zwischen Bund und Ländern sind daher von außerordentlicher staatspolitischer Bedeutung. Nichts wäre falscher als die Annahme, hier handele es sich um ein routinemäßiges Scheingefecht, dessen Gewinner von vornherein feststehe. Im Interesse des Gesamtstaates muß der Bund eine aufgabengerechte Verteilung des Steueraufkommens durchsetzen. Ich appelliere an die Verantwortlichen in den Bundesländern, sich der Einsicht in diese Notwendigkeit nicht zu verschließen. (-/ 2.1.1979/vs-hc/hqs)

Jahr des Kindes - eine weltweite Angelegenheit

Auch das Schicksal der Kinder in der Dritten Welt kann uns nicht gleichgültig sein

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

In der Erkenntnis, daß die Belange der Kinder bei der Gestaltung unserer Welt nur unzureichend berücksichtigt werden, haben im Dezember 1976 die Vereinten Nationen beschlossen, das Jahr 1979 zum Internationalen Jahr des Kindes zu erklären. Für uns muß das die Sorge um eine kinderfreundliche Umwelt sein, aber nicht nur: Wir müssen beispielsweise auf die Tatsache reagieren, daß

- 15 Millionen Kinder in jedem Jahr verhungern;
- mehr als 12 Prozent aller Neugeborenen in der Dritten Welt sterben;
- 60 Millionen Kinder mangelhaft ernährt sind;
- mindestens 10 Millionen unter fünf Jahren hungern;
- nur etwa die Hälfte aller Kinder im Grundschulalter in den ärmeren Entwicklungsländern eine Schule besuchen.

Die Kinder von heute werden die Gesellschaft von morgen bestimmen. Wenn diese Gesellschaft demokratischer, gerechter und menschlicher als bisher sein soll, müssen ihre Mitglieder auch physisch in der Lage sein können, die Rechte wahrnehmen und die Pflichten erfüllen zu können, ohne die eine solche Gesellschaft nicht bestehen kann. Das Internationale Jahr des Kindes soll den Anstoß zu einer langfristig angelegten solidarischen Anstrengung aller Länder der Welt geben, um die am 20. November 1959 von den Vereinten Nationen beschlossenen Rechte des Kindes zu verwirklichen.

Es geht nicht nur darum, die Not der Kinder in der Dritten Welt zu lindern, sondern vor allem darum, die Ursachen solcher Not zu beseitigen.

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages hat sich in seiner Sitzung vom 6. Dezember 1978 ein weiteres Mal mit diesem Problem

befaßt. Seine Mitglieder waren sich darin einig, daß das Jahr des Kindes nicht eine einmalige Sonderaktion auf einer Welle von Mitleid schwimmend sein darf. Unsere Zukunft, die zweifellos noch mehr als die Gegenwart von der gegenseitigen Abhängigkeit zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern geprägt sein wird, hängt mit Sicherheit auch vom Wohlergehen oder vom Elend der Völker in der Dritten Welt ab. Deshalb hat der Ausschuß gefordert,

- daß die Bundesregierung künftig mehr als bisher die Auswirkung von entwicklungspolitischen Maßnahmen auf das Kind überprüft und besonders die Befriedigung der Grundbedürfnisse wie Nahrung, Gesundheit und Ausbildung in den Mittelpunkt ihrer Anstrengungen stellt;
- daß die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit entwicklungspolitisch engagierten kirchlichen und freien Trägern verstärkt und diese in größerem Umfang als bisher anlässlich des Jahres des Kindes konkrete Maßnahmen entwickeln;
- daß Länder und Gemeinden in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen verstärkt auf die Probleme der Kinder in der Dritten Welt hinweisen;
- daß sich die Medien mehr als bisher mit der Not der Kinder in den Entwicklungsländern befassen.

In den Kindern verkörpert sich die Zukunft unserer Welt. Sie werden einmal ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen müssen, aber es wird auch an uns liegen, ob dieses Schicksal ein Dahindämmern im Elend sein wird oder die bewusste Beteiligung, an jener demokratischen, gerechten und menschlichen Gesellschaft, die wir uns wünschen.

(- / 2.1.1979/hd/hgs)

+ + +

## Stipendien bei Studium in einem anderen EG-Land

---

### Mobilität der Studenten noch sehr gering

Auf Vorschlag von Dr. Guido Brunner hat die EG-Kommission dem EG-Ministerrat einen Plan vorgelegt, nach dem Studenten aus EG-Ländern, die in einem anderen Mitgliedstaat studieren wollen, Stipendien gewährt werden sollen. Außerdem empfiehlt die Kommission Maßnahmen zur größeren Mobilität der Studenten. Zur Zeit kommen nur 21.000 (0,5 Prozent der insgesamt vier Millionen an Hochschuleinrichtungen der Gemeinschaft Studierenden aus einem anderen Mitgliedstaat. Nur 3.600 deutsche Studenten sind an Hochschulen der anderen EG-Länder eingeschrieben, während an deutschen Hochschulen 6.750 Studenten aus der EG studieren. Die Kommission hält diese Zahlen für zu gering; den Studenten sollte es ihrer Meinung nach leichter gemacht werden, in anderen Gemeinschaftsländern zu studieren. Gegenwärtig gibt es in den verschiedenen nationalen Bildungssystemen noch eine Vielzahl von administrativen und finanziellen Hindernissen, die einer größeren Beweglichkeit im Wege stehen.

Der Stipendienplan soll jährlich 650 Stipendien für solche Studenten gewähren, die als Bestandteil ihres zu einem akademischen Grad führenden Studienganges ein Jahr an einer Hochschule in einem anderen EG-Land studieren. Davon entfallen je 125 Stipendien auf die Bundesrepublik, Frankreich, Italien und Großbritannien. Der Plan ist als Anreiz für die Universitäten gedacht, Studiengänge gemeinsam mit ihren Partneruniversitäten in anderen Mitgliedsländern zu gestalten, und soll die Zahl der Studenten mit Studien- und Arbeitserfahrung in einer anderen Gemeinschaftssprache steigern helfen. Die Möglichkeit soll den Studenten aller Fachrichtungen außer dem Fach Lebende Sprachen offenstehen, für das von der Kommission bereits Vorschläge gemacht worden sind. Die Stipendien sollen sich im Durchschnitt auf 4.500 Rechnungseinheiten (1 ERE = DM 2,50) im Jahr belaufen, und die gesamte Aktion, die im Studienjahr 1981/82 anlaufen soll, wird 3,365 Millionen ERE kosten.

Das zweite Programm ist als Hilfe für solche Studenten gedacht, die einen Teil ihres Studiums im Ausland absolvieren wollen. Der Vorschlag ist daher u.a. auf Studenten zugeschnitten, die nur einen Teil des Studienganges belegen. Sie sind von etwaigen im Gastland geltenden zahlenmäßigen Beschränkungen auszunehmen. Es wird ferner vorgeschlagen, die Studiengebühren für Studenten aus Gemeinschaftsländern nicht höher anzusetzen als für inländische Studenten. Weitere Vorschläge treffen die Zulassungskriterien, sprachlichen Voraussetzungen und Verwaltungsverfahren.

Egon C. Heinrich

(-/2.1.1979/vo-he/hgs)